

# Buchbinder-Zeitung

## Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 19

 Erscheint Sonntags.  
 Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbesug.  
 Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 4. Mai 1930

 Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 6-12 IV.  
 Fernruf: Berlin B 2, Kupfergraben 1129.  
 Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

### Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

Vor kurzem gab die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ihren Geschäftsbericht heraus — der die Zeit von Anfang 1927 bis Mitte 1929 umfaßt — in dem eine Fülle von Material zusammengetragen ist. Der Bericht legt Rechenschaft ab über das Wirken der Unternehmerverbände.

In der Einleitung des 412 Seiten starken Bandes wird ausgeführt, daß die Steigerung der öffentlichen Aufwendungen, die sozialen Anforderungen und die Erhöhung der Löhne eine Gesamtmehrbelastung im Jahre 1929 gegenüber 1926 von rd. 17 Milliarden Mark ergeben hat. Einzelberechnungen, wie diese Mehrbelastung zustande gekommen ist und woraus sich diese Summe zusammensetzt, werden nicht gemacht. Eine Nachprüfung ist also nicht möglich und man muß die Angaben als sehr problematisch bezeichnen. Es wird weiter ausgeführt, daß diese außerordentliche Mehrbelastung die deutschen Unternehmer zu einer umfassenden Rationalisierung gezwungen habe. „Man kann heute rückschauend sehr begründete Zweifel darüber haben, ob nicht die durch die Ueberlastung der Wirtschaft erzwingene Rationalisierung in unserer kapitalarmen, aber an menschlicher Arbeitskraft überreichen Wirtschaft sich in zu schnellem Tempo und zu großer Ausdehnung vollzogen hat.“

Trotzdem wehrt sich der Bericht gegen den Vorwurf der Fehlinvestitionen infolge der überstürzten Rationalisierung mit dem Hinweis, „daß der größte und verhängnisvollste Fehlhauf der letzten Jahre... entgegen den begründeten Warnungen und dem Widerstand der Unternehmer von den gleichen Kräften erzwungen worden ist, die sich nicht Genüge tun können in abspirender Kritik der Unternehmerleistung.“ Wenn die Unternehmer die Bezeichnung Wirtschaftsführer für sich beanspruchen und dann in der Organisation der Produktion zu Fehlinvestitionen kommen, dann ist es sehr eigenartig, die Schuld dieser verfehlten Wirtschaftsführung auf diejenigen abzuschieben, die man beehrt von jedem Mitbestimmungsrecht ausschaltet.

Natürlich fehlt es nicht an Seitenhieben auf die von den regierenden Körperschaften beeinflusste Wirtschaftspolitik. Allerdings bequemt man sich dabei zu einem Eingeständnis: „Man mag zugeben, daß es unendlich schwerer für

unser Volk und seine Regierung ist, nach unserem Zusammenbruch, nach der tiefgreifenden Umgestaltung unserer politischen Struktur mit der Umlagerung der politischen Gewalt in der Richtung solcher Volksteile, die bisher ohne Verantwortung für eine praktisch durchführbare und erfolgreiche Staatsführung in der Opposition gestanden haben, und angesichts der Umlagerung technischer und organisatorischer Art im Raum der Wirtschaft die optimale Linie unseres Staatswesens zu finden.“ Dieses Eingeständnis wird jedoch nicht unterfützt durch praktische Vorschläge, wie sich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine einheitliche Wirtschaftspolitik denkt, die dem begründeten Streben der arbeitenden Massen Rechnung trägt.

An sich bildet die Vereinigung der Unternehmer ein buntes Gemisch von Spitzenorganisationen, Reichsverbänden, Fachgruppen, Bezirksverbänden und einigen Ortsverbänden. Nach dem Prinzip der Vereinigung soll jeder Unternehmer doppelt, d. h. sowohl sachlich als gemischtgewerblich organisiert sein. Mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie, der wirtschaftspolitischen Spitzenorganisation der Unternehmer, bestehen enge Verbindungen. Alljährlich werden gemeinsame Geschäftsführerkonferenzen abgehalten. Sitzungsgemäße Organe der Vereinigung sind: Das Präsidium (10 Mitglieder), der Vorstand (50 Mitglieder), der Hauptausschuß (200 Mitglieder) und die ordentliche Mitgliederversammlung, also ein recht umfangreicher Apparat, der zur Erledigung der Geschäfte aufgebaut wird.

Ein eigenes Gefühl macht sich angesichts der kompakten Masse der Unternehmerverbände bemerkbar, wenn man die 25 Seiten des Berichts durchliest, die den Gewerkschaftsverbänden den gewidmet sind. Die zusammenfassende Schilderung bietet ein Bild der Zerrissenheit der Arbeiterschaft. Obenan stehen die freien Gewerkschaften (ADGB. und AFl-Bund) als der maßgebendste Block der gewerkschaftlichen Front. Dann folgt der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und Angestelltenverbände, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände und die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen der verschiedensten Art. Diese sind mit nicht weniger denn elf Spitzenverbänden vertreten. Wenn auch die Unternehmerverbände einen einheitlichen Körper

mit klarer Zielsetzung nicht darstellen, dann ist doch ein einheitlicher Wille und auch eine entsprechende organisatorische Einrichtung vorhanden, womit es auf der Seite der Arbeiter und Angestellten, also diesseits der Front, sehr traurig ausfällt. Eine größere Zerspaltung läßt sich kaum denken. Die Unternehmer sind organisatorisch nicht stärker als die Gewerkschaften. Denn die 6,4 Millionen Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben der organisierten Unternehmer beschäftigt werden, sind der Zahl nach beinahe von den freien Gewerkschaften erfaßt. Wenn trotzdem die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände als eine einheitliche Macht wirkt, dann deshalb, weil die Zerspaltung in politische und religiöse Richtungen bei den Unternehmern unbekannt ist.

Die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände ist erst nach dem Kriege entstanden. Ziel der Vereinigung war es, die sachlich und gemischt-gewerblichen Unternehmerverbände organisch zu verbinden. „Diese Gedanken fanden ihren Niederschlag in der Verankerung des Grundgedes, daß unter Anerkennung der Gleichberechtigung beider Organisationsformen jeder Arbeitgeber sowohl sachlich wie gemischt-gewerblich organisiert sein soll.“ Die Vereinigung faßt 6,4 Millionen Arbeiter zusammen. Insgesamt sind entweder durch direkte Mitgliedschaft oder durch Interessengemeinschaft 3009 Unternehmerverbände angeschlossen. Außerhalb der Vereinigung stehen als wesentlichste Gruppen nur die Zigaretten- und Bekleidungsindustrie (Konfektion und Schuhe). Auch unsere „Apl“-Verbände sind bekanntlich der Vereinigung nicht angeschlossen. Als reine Unternehmerverbände sind die Organisationen der Industrie- und Gewerbegruppen anzusehen, die 4,8 Millionen Arbeiter beschäftigen. Dazu treten gemischt-gewerbliche Vereinigungen mit insgesamt 1,6 Millionen Arbeitern. Nach Wirtschaftsgruppen gegliedert gehören der Vereinigung an: Industrieverbände mit 520000, das Handwerk mit 320000, die Landwirtschaft mit 315000, der Verkehr mit 235000, der Handel mit 210000, die Banken mit 25000, das Versicherungs-gewerbe mit 10000 und andere Gewerbe mit 65000 Arbeitern.

Diesem Block der Unternehmer sollte ein gleich geschlossener Block der Arbeiter und Angestellten gegenüberstehen. Statt dessen sehen wir im Lager der wirtschaftlich Schwachen eine Zerrissenheit, über die nur die Unternehmer ihre helle Freude haben. Wird das jemals anders werden?

## Stuttgarter Fachschulwünsche.

Stuttgart hat in seiner Gewerbeschule für Buchbinderlehrlinge eine hervorragende Einrichtung. Vor allem wird auf die fachliche Ausbildung in der angegliederten Fachschule großer Wert gelegt. Unter der vorzüglichen Leitung eines Fachlehrers mit Kunstgewerbeschulbildung und bei der guten technischen Einrichtung der Abteilung hat der Lehrling die Möglichkeit, sich weiter auszubilden. Der theoretische Lehrgang steht ebenfalls auf einer beachtlichen Höhe.

In den Betrieben, hauptsächlich in den vielen Kleinbetrieben, ist die Möglichkeit kaum mehr gegeben, den Beruf in allen Teilen gründlich zu erlernen. Das handgebundene Buch wird wenig verlangt, es wird nicht mehr bezahlt, und so müssen sich auch die Kleinbetriebe nach Massenarbeit umsehen. Dadurch ist das gründliche Erlernen des Berufes für den Lehrling nicht mehr gewährleistet. Durch die Gewerbeschule jedoch hat der Lehrling die Möglichkeit, Arbeiten kennenzulernen, die in seinem Lehrbetrieb nicht vorkommen. Der Fachschule steht ein paritätisch zusammengesetzter Fachschulausschuß vor unter dem Vorsitz des Direktors der Gewerbeschule.

Stuttgart hat leider an Bedeutung als Buchhandelsstadt verloren. Ein starkes Zurückgehen einiger Betriebe beobachten wir mit Sorge. Die Arbeitslosigkeit wird mehr und mehr zu einem stabilen Zustand. Offenbar besinnt man sich jetzt in den maßgebenden Kreisen darauf, daß die Dinge so nicht mehr weitergehen können, soll Stuttgart nicht noch mehr ins Hintertreffen geraten. Der unhaltbare Zustand, daß zwischen der Gewerbeschule und der Kunstgewerbeschule keine Ausbildungsmöglichkeit mehr geboten und dadurch ein Weiterstreben des Gehilfen unterbunden ist, veranlaßt das graphische Gewerbe, eine neue Fachschule mit Hilfe des Staates und der Gemeinde zu errichten. Das gesamte graphische Gewerbe fordert heute von der württembergischen Regierung die Genehmigung für eine höhere Fachschule, um die Erhaltung des Gewerbes, das durch den übrigen deutschen Wettbewerb stark gefährdet ist, zu sichern.

Die Fachverbände des graphischen Gewerbes Württembergs fordern zur Weiterbildung der strebsamen Berufsangehörigen seit langem eine eigene Fachschule. Begründet wird diese Forderung mit den ständig auftretenden Neuerungen, den starken Anstrengungen anderer großer Druckplätze, mit der gesteigerten Notwendigkeit eines verständnisvollen Handinhandarbeitens der einzelnen Fachzweige und mit der empfindlichen Lücke zwischen der Ausbildungsmöglichkeit für Lehrlinge (Gewerbeschule) und derjenigen für freischaffende Künstler (Kunstgewerbeschule und Akademie). Diese Bestrebungen führten zur Bildung eines besonderen Schulausschusses bei der Ministerialabteilung für die Fachschulen. Diese Behörde ist von den in Betracht kommenden Ministerien (Kultur- und Wirtschaftsministerium) mit den nötigen Vorarbeiten betraut worden. Der Ausschuß setzt sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Buch-, Stein- und Offsetdruck, Chemigraphie und Tiefdruck, Holzschnitt, Buchbinderei und Verlag zusammen.

Der Württembergische Landtag hatte schon vor zwei Jahren dieser Forderung grundsätzlich zugestimmt, verzögert wurde deren Verwirklichung durch die auftauchende Frage einer zu schaffenden Vereinigten Kunsthochschule. Neuerdings wurde von den maßgebenden Behörden der alsbaldigen Schaffung einer höheren gra-

phischen Fachschule zugestimmt. Die jetzige Gewerbeschule im Hoppenlau, ein neuer Bau, der erst einige Jahre in Benutzung ist, soll von den fremden Berufen abschnittsweise geräumt werden und nur die Gewerbeschule für Lehrlinge und die höhere Fachschule für das graphische Gewerbe beherbergen. Dadurch wäre eine enge Zusammenarbeit beider Schulen gegeben. Für die übrigen Berufe soll eine neue Gewerbeschule erstellt werden. Der Stadt Stuttgart erwächst hier eine neue Aufgabe und Belastung, die hoffentlich in großzügiger Weise gelöst wird.

Die Kosten für die vorgesehene Einrichtung und Ausrüstung belaufen sich nach einem Voranschlag auf 240 000 Mk. Der Deutsche Buchdrucker-Verein wird die Fachschule mit einer bedeutenden Spende unterstützen, das gleiche erwartet man von den übrigen Fachverbänden. Unter dieser Voraussetzung sind vom württembergischen Finanzministerium vorläufig 100 000 Mk. in Aussicht gestellt worden. Diese höhere Fachschule soll später mit fortschreitender Entwicklung eine Schule für Südwestdeutschland werden. Man hofft stark, daß Interesse hierfür auch außerhalb Württembergs befunten wird.

Das Schulprogramm weist einen guten Aufbau auf. Wir lassen hier einen Auszug aus demselben folgen:

### I. Aufgabe und Ziel.

Technische, betriebswirtschaftliche und geschmackliche Weiterbildung der Betriebsangehörigen aller Sparten des graphischen Gewerbes.

### II. Gliederung der Schule.

Besondere Abteilungen für Buchdruck, Stein- und Offsetdruck, Tiefdruck, Reproduktionsphotographie mit Chemigraphie und Xylographie, Buchbinderei.

In diesen Abteilungen Tages- und Abendkurse zur Fortbildung von Gehilfen, zur Ausbildung von Meistern und zur Ausbildung als Faktoren und Betriebsleiter.

### III. Verhältnis zu anderen Schulen.

Die Lehrlingsausbildung bleibt nach wie vor in der Gewerbeschule, mit der räumliche Vereinigung angestrebt wird. Die Lehrgänge von Gewerbeschule und Fachschule werden sinngemäß aufeinander abgestellt, gegebenenfalls auch Lehrkräfte und Schuleinrichtungen beiderseits benutzt.

Der zukünftigen Vereinigten Kunsthochschule wird weiterhin die Ausbildung der künstlerischen Begabungen anvertraut. Einzelnen Schülern ist gegenständlicher Besuch zu ermöglichen, einzelne Lehrkräfte der Kunsthochschule erhalten Lehraufträge an der Fachschule. Die Fachschule wird nicht Vorstufe für die Kunsthochschule.

Mit der Technischen Hochschule begegnet sich die Fachschule auf einzelnen Gebieten wie Technologie, Optik, Werbepsychologie, Betriebsführung usw. Die entsprechenden Lehrkräfte der Technischen Hochschule sollen für bestimmte Vorträge an der Fachschule gewonnen werden.

### IV. Schulbetrieb.

In Kursus A wird der Teilnehmer in seinem Sonderfach weitergebildet. Im Kursus B erhält er neben der Weiterbildung im eigenen Fachgebiet auch Unterricht auf Nachbargebieten (Vorbereitung zur Meisterprüfung). In Kursus C wird ein Gesamtüberblick über alle Zweige des graphischen Gewerbes vermittelt (Ausbildung zu Faktoren usw.). Im Kursus D erhalten Sondergruppen, wie Werbeleiter, Verlagshersteller usw., die nötige Ausbildung.

Kursusdauer für Tageskurse 4 bis 5 Monate, Kursusdauer für Abendkurse 3 bis 4 Schuljahre.

Die Zulassung setzt die Gesellenprüfung und sonstige Eignung voraus. Abgangszeugnisse sind vorzulegen.

Schülerzahl: Zu den Kursen A und B können bis zu 20, zu Kursus C bis zu 12 Teilnehmer zugelassen werden. Ein Schulbeitrag folgt ähnlich wie bei der Gewerbeschule für enge Verbindung mit der Praxis.

### V. Direktion und Lehrkräfte.

Für die Leitung und Verwaltung ist ein vielseitig gebildeter Fachmann vorgesehen. Zur künstlerischen Leitung werden Lehrer der Kunsthochschule und freie Künstler zugezogen. Zur Leitung der Fachabteilungen werden Praktiker genommen. Daneben werden für Schulfächer besondere Lehrkräfte herangezogen.

### VI. Zeitlicher Plan.

Die Fachabteilungen werden in der Reihenfolge: Buchdruck, Reproduktionsphotographie mit Druckplattenätzung, Stein- und Offsetdruck und Tiefdruck, Buchbinderei, errichtet. Für jede Abteilung wird zunächst ein Mindestprogramm durchgeführt, das für alle Fachabteilungen zusammen rund 140 000 Mk. erfordert. Mit tünlicher Beschleunigung soll der Direktor bestellt werden, damit er selbst mit Hilfe der Fachlehrer für Sach und Druck der Anstalt im Zusammenwirken mit den Fachverbänden und der vorgesetzten Behörde ausbaut. Der Lehrbetrieb wird schrittweise aufgenommen. Die höheren Kurse C und D können jedoch erst begonnen werden, wenn die Mindesteinrichtung für sämtliche Abteilungen beschafft ist.

Wir bringen selbstverständlich der Errichtung einer höheren Fachschule das größte Interesse entgegen. Unsere Bestrebungen gingen von jeher dahin, den Lehrlingen und Gehilfen die bestmögliche berufliche Ausbildung zu sichern, da wir der Auffassung sind, daß nur durch Qualitätsarbeit der Markt erobert werden kann. In der Nachkriegszeit ist auf diesem Gebiet leider zu viel gesündigt worden.

Unlogisch wäre es allerdings vom Deutschen Buchdrucker-Verein, wenn er ein warmherziger Befürworter dieser höheren Fachschule ist, daß er dann zugleich immer mehr Buchbinderlehrlinge in die Buchdruckereien aufnimmt, ohne daß dort immer die Voraussetzungen vorhanden sind, die Buchbinderlehrlinge sach- und fachgemäß auszubilden. Wenn die vorkommenden Arbeiten dies nicht zulassen, dann kann der junge Gehilfe nicht die Qualität mitbringen, um in die höhere Fachschule aufgenommen zu werden. Wir müssen schon vom Deutschen Buchdrucker-Verein fordern, daß Buchbinderlehrlinge dort nicht mehr eingestellt werden, wo eine gute Ausbildung nicht möglich ist. Es ist nicht notwendig, daß die Lehrlinge 3½ Jahre lernen, um dann als Hilfsarbeiter in irgendeinem anderen Beruf unterzugehen, nur weil seine Lehrstelle keinen Buchbinder aus ihm machen konnte. Die Ausbildung, die man den Buchdruckerlehrlingen als selbstverständlich gibt, müssen auch wir Buchbinder für unsere Lehrlinge als selbstverständlich verlangen.

Alle graphischen Organisationen fordern nun von der Regierung und von der Stadtverwaltung, daß endlich den vielen Beratungen die Tat folgt. Es ist jetzt lange genug in vielen Sitzungen, Konferenzen usw. verhandelt worden, so daß endlich die praktische Inangriffnahme des Projektes erfolgen könnte. Stuttgart braucht diese Schule, um seine Bedeutung als Buchstadt zu verbessern. Das graphische Gewerbe ist für das ganze Land nicht nur von hoher geistiger Bedeutung, es gibt auch 1869 Betrieben mit 33 923 Beschäftigten Arbeit und Brot. Stuttgart allein zählt 606 Betriebe mit 13 850 Arbeitern und Arbeiterinnen. Diese Zahlen allein müssen schon genügen, um dem Staat und der Stadt Stuttgart klarzumachen, daß hier ein Gewerbe eine Forderung stellt, das auf Erfüllung drängen kann. Mögen sich beide Instanzen ihrer Pflicht bewußt sein und in großzügiger Weise die Durchführung der höheren Fachschule in Angriff nehmen.

K. Döbbling.

## Saffianlederherstellung im 18. Jahrhundert.

Von Arno Rapp.

In Frankreich hatte sich die Zubereitung des Saffianleders im 18. Jahrhundert zu einer besonderen Kunst ausgebildet. Berühmt war damals die Saffianmanufaktur in St. Hippolit, die im Jahre 1749 angelegt wurde und die 1765 das Patent einer königlichen Manufaktur erhielt.

Bevor jedoch die Herstellung des Saffianleders in Frankreich festen Fuß faßte, hatte man dieses Leder von der Levante, aus Nicosien in Kleinasien und Cypern bezogen. In den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts sandte der französische Hof einen gewissen Granger auf Kosten der Regierung nach Kleinasien, Ägypten, Mesopotamien und Persien, um die Zubereitung des Saffianleders auszukundschaften. Granger reiste nach Arabischer Küstler, ging barfuß, nur mit einem Kamisot bekleidet, und unterrichtete sich über alles das, was er wissen wollte. Von ihm stammt die Kenntnis der Zubereitung des damals berühmten Nicosischen Saffians.

Man verwandte zu dessen Herstellung meist Schaf- und Ziegenfelle, die man nach dem Trocknen in dicke Rufenlauge legte, wo sie drei bis vier Tage aufweichen mußten. Dann nahm man die Häute heraus, legte sie auf den Schabebaum, um sie nachher abermals in die Lauge zu legen. Dann kamen die Häute auf zwei Tage in die Asche. Hier wurden sie so lange liegen gelassen, bis sie vollständig abgehaart waren. War das geschehen, dann äscherte man sie mit Kalk. Im Sommer dauerte das „Äschern“ der Felle einen Monat. Bod- und Ziegenfelle wurden etwa 14 Tage eher fertig als das damals berühmte Semischleder, das von Gensfelden zubereitet wurde.

In Nicosien legte man die Häute, aus denen man Saffian machen wollte, im Sommer 20 Tage, im Winter aber 25 Tage in gekochenen oder gepulverten Kalk. Anschließend reinigte man sie in fließendem Wasser und haarte sie ab. Dann legte man sie in frisches Wasser, in dem sie gut durchgetreten wurden. Waren die Häute gründlich gereinigt und recht weiß geworden, dann hängte man sie auf Stangen, damit das Wasser abtropfen konnte. Nach dem Äschern, Abhaaren und Waschen mußte der Weißgerber vor allen Dingen darauf achten, daß kein Kalk am Leder haften blieb, da sonst die Farbe verdorben wurde, die man dem Leder geben wollte.

Waren die Häute geäschert und in fließendem Wasser gereinigt, dann wurden sie entsalzt, in einen Bottich gelegt und hier mit hölzernen Reuten etwa eine halbe Stunde gewalkt. Dann wurden sie auf dem Schabebaum auf der rauhen Seite geschabt, zugleich aber gab man ihnen einen Strich mit dem Schabebellen, sowohl auf der rauhen als der glatten Seite. Dann legte man die Häute in besondere Gefäße mit Löchern, in denen sie tüchtig gewalkt wurden.

Waren die Häute durch die Wasserbehandlung hindurchgegangen, dann setzte die Beize mit dem Hundetot ein. In der Hundetotlauge blieben die Felle etwa 12 Stunden liegen. Durch diese Lauge wurden die Häute loder und für das Schmelzen und Gären gut vorbereitet. Der Hundetot besetzte auch alle alkalischen Reste, die ein Aufnehmen von Farbe verhindern. Der Hundetot wurde deshalb sowohl in Frankreich als auch anderwärts sorgfältig gesammelt. In Nicosien hielt man die Beize mit Hundetotlauge für die wichtigste Zubereitung des echten Saffianleders. In Paris war damals der Handel mit Hundetot ein Geschäft geworden.

Hatten die Häute genügend lange in der Hundetotlauge gelegen, dann kamen sie in die Summachlauge, die aus den zu Pulver zerriebenen Blättern des Summachtrautes hergestellt wurde. Dieser Strauch wuchs sowohl in Kleinasien als auch in Spanien und verschiedenen Provinzen Frankreichs, so in Languedoc und der Provence. In der Summachlauge wurden die Häute zwei Stunden mit Füßen getreten und mit den Händen durchgewalkt.

In Frankreich beizte man damals schon mit Alaun. War die Bearbeitung mit dem Alaun fertig, dann war nur noch nötig, dem Saffianleder die Farbe zu geben. Die damals gebräuchlichste Farbe war das „Saffianrot“. Lange Zeit blieben die Bestandteile dieser Farbe in Frankreich ein großes Geheimnis. Es war das Scharlachrot, so genannt nach dem Scharlachwurm, der sich auf einem Strauche aufzieht, der in Languedoc Karmesin- oder Scharlachbeere genannt

wurde. In Paris legte man die Häute in Farbleffel. Sie wurden dreimal gefärbt und dazwischen getrocknet und gewaschen. Erst dann setzte die Galläpfelbeize ein.

Waren die Häute aus der Galläpfellaugung genommen, dann wurden sie abermals in reinem Wasser abgeseift, ausgerungen und mit Del getränkt. Man betrieb die rauhe Seite mit einem in Del getränkten Büschel gedrehter Baumwolle und machte so das Leder geschmeidig. Zu einem Duzend Häuten brauchte man ungefähr ein Pfund Del. In Nicosien benutzte man hierzu Sesamöl. Nach dem Einfeilen mußten die Saffianhäute 1 bis 2 Tage gut trocknen, im Winter oft 8 Tage. Um sie weich zu machen, bearbeitete man sie mit dem Kröpfelholze oder walzte sie auf ebenem Boden mit Holzschuhen.

Neben dem roten Saffian färbte man das Leder auch in Blau, Gelb und Schwarz. Das Gelb gewann man aus der Beere des Wegeborns, eines Strauches in der Provence, der auch in Kleinasien und Ägypten

wuchs, daselbst ober-Hofager genannt wurde. Das Schwarz gewann man aus Galläpfeln. In Marseille verfertigte man auch damals schon blauen und grünen Saffian.

Das französische Saffianleder war im 18. Jahrhundert in ganz Europa gesucht, konnte aber mit dem Leder aus der Levante, aus Cypern, Aleppo und Smyrna nicht Schritt halten in Güte und Lebhaftigkeit der Farben. Die Buchbinder verwendeten in damaliger Zeit die allerfeinsten, feinsten und am besten zubereiteten Saffianfelle. Meist bearbeiteten sie dieselben nochmals auf der Rasseite, damit sie dünner wurden.

Neben dem Saffianleder brauchte der Buchbinder auch damals schon das Corduanleder, das dem Saffian ziemlich gleich war; es war aber mit Gerbelaug zubereitet. Da es in der Hauptsache in der Stadt Cordua in Andalusien hergestellt und von hier aus in die anderen europäischen Länder verschickt wurde, erhielt es seinen Namen.

## Der Bruch der Großen Koalition.

Von Rudolf Wissell.

### II.

Schon der geringe Leistungsabbau, den die Novelle zum WABG. vom Herbst des Vorjahres brachte, war eine schwere Belastung für die SPD. Aber damals war die Situation insofern anders, als das Wesentliche der Reform die Rationalisierung der Versicherung und die Bekämpfung von Mißbräuchen und Mißständen war, an deren Beseitigung auch unsere Bewegung lebhaft interessiert war. Jetzt aber konnten wir ein weiteres Spielen mit verbedeten Karten nicht mehr zulassen. Das Kompromiß in der Regierungsvorlage zur Arbeitslosenversicherung, dem seinerzeit auch ich zugestimmt habe, war gewiß keine ideale Lösung. Immerhin waren drei wichtige Punkte darin unabweisbar enthalten: Erstens eine Beitragserhöhung auf 4 v. H., die auf alle Fälle in absehbarer Frist erfolgen sollte und zweitens die Feststellung, daß Änderungen der gesetzlich festgelegten Leistungen nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen können. Das wichtigste jedoch war, daß die Darlehenspflicht des Reiches unangetastet blieb.

Anders dagegen der Kompromißvorschlag Brüning-Meyer. Dieser läßt im Grunde genommen zunächst alles beim alten. Er sieht keine Beitragserhöhung vor, zwar will er einen festen Zuschuß von 150 Millionen Reichsmark an die Arbeitslosenversicherung gewähren. Aber der darüber hinaus erforderlich werdende Geldbedarf soll — und das ist der Hinterschuß — im Wege der Darlehensgewährung gedeckt werden, die nur unter bestimmten Voraussetzungen gegeben werden sollen. Er bestimmt, daß die Reichsregierung nach Prüfung weiterer Ersparnismöglichkeiten auf dem Wege der Gesetzgebung alsbald ein Gesetz vorzulegen hat, das entweder durch Beitragserhöhungen die Rückzahlung notwendig werdender Darlehen ermöglicht oder durch eine Reform des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellt oder zur Deckung der für die Darlehen aufzunehmenden Beträge dem Reich die notwendigen Mittel zuführt. Die Verschlechterung, die dieses Kompromiß Brüning-Meyer gegenüber dem ursprünglichen Kompromiß der Regierungsvorlage darstellt, springt doch in die Augen. Es bedeutet zunächst keinerlei Lösung der Schwierigkeiten, sondern lediglich eine Vertagung. Darüber hinaus weist es aber unzweideutig den Weg des Leistungsabbaues. Außerdem erscheint es mir geradezu absurd, wenn es eine Beitrags-

erhöhung zu dem Zweck ins Auge faßt, um die bisherigen Darlehen, die die Reichsanstalt vom Reich erhalten hat, zurückzuzahlen. Daß die Reichsanstalt auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein wird, Darlehen von dem Ausmaße, wie sie gewährt werden mußten, zurückzuzahlen, sollte doch jedem Einsichtigen klar sein.

Das Kompromiß Brüning-Meyer öffnet dem Leistungsabbau Tür und Tor. Hätte ich es als Reichsarbeitsminister mit unterschrieben, so wäre auch dieser Abbau, falls er später erfolgt, der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben worden. Nunmehr, wo die Sozialdemokratie wieder in der Opposition steht, wird und kann — davon bin ich überzeugt — das Zentrum keinen Leistungsabbau vornehmen. Einmal kommt eben immer der Punkt, wo es heißt: „Bis hierher und nicht weiter.“

Schon bei den Anfang des Jahres 1930 im Kabinett einsetzenden Beratungen über die künftige Etatgestaltung war dieser Punkt für mich beinahe erreicht, nämlich als beschlossen wurde, die Reichszuschüsse zur Familienwochenhilfe von 29 auf 15 Millionen Reichsmark zu kürzen und die der Invalidenversicherung als Reichszuschüsse zustehenden Beträge in Höhe von 22½ Millionen Reichsmark aus dem Teil des Aufkommens der Lohnsteuer zu decken, der nach der Ley Brüning sowieso der Invalidenversicherung zustießen mußte, also bei richtiger Betrachtung insofern der Invalidenversicherung verlorengehen sollte. Damals habe ich mich, um die Koalition nicht zu sprengen, mit der Erklärung begnügt, daß ich es ablehne, diese ungerechtfertigten Streichungen im Reichstag zu vertreten. Und das habe ich auch abgelehnt für die vom Kabinett beschlossene durchaus ungenügende Höhe des Ausgabenansatzes für die wert-schaffende Arbeitslosenfürsorge und die Kapitalabfindung der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen. Aber bei der Arbeitslosenversicherung konnte ich einfach nicht mehr mitmachen.

Wenn ich auch nicht verkenne, daß eine Reihe von Momenten unseren Austritt aus der Regierung gegenwärtig nicht erwünscht erscheinen ließ, so mußte doch die Sozialdemokratie das feierliche Gelöbnis des Parteitags von Magdeburg einlösen, an der Arbeitslosenversicherung nicht teilnehmen zu lassen. Daß die Arbeitslosenversicherung, ebenso wie die ganze deutsche Sozialpolitik intakt bleibt, dafür wird die Sozialdemokratie auch in der Oppositionsstellung sorgen.

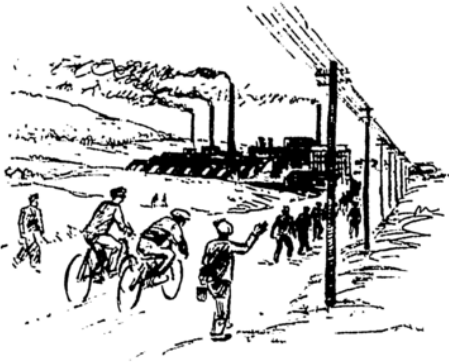


## Der eiserne Göze.

Von Jakob Schaffner.

(1. Fortsetzung.)

In der andern Morgenfrühe führen die beiden Arbeiter miteinander nach dem Eisenwert, das eine Wegstunde von Höflingers Häuschen entfernt vor dem Ausgang einer Schlucht hingebreitet lag. Pratteler trug des Langen Hofe und Sack. Er mußte die Kermel zurückschlagen, um die Hände brauchen zu können; die Hofenbeine standen vielfach übereinandergeschichtet auf seinen durchbrochenen Radfahrer-sandalen auf. Unter den blauen Hemdtragen hatte er wieder seine rote Halsbinde gegogen, denn man sollte sofort sehen, mit wem man es zu tun hatte. Er fuhr mit voller Kraft in die Pedale, mußte häufig sein Feuer dämpfen, um Höflinger nachkommen zu lassen, den es nicht so drängte. Wenn er Leute auf der Straße sah, warf er sich heftig auf die Blase der Automobilhufe, die er an seine Lenkstange geschraubt hatte. Höflinger läutete umgänglich mit seiner kleinen Radklingel, wenn es nötig wurde. Den Arbeitern, die Höflinger grüßten, antwortete er düster wie vor der Schlacht. Wenn sie dem Langen Scherzreden zuriefen, riß er wieder die Brauen zusammen. Was gab es denn hier zu spaßen und zu lachen, wo man gegen die Reaktion losbrechen mußte? Ueberall ging es ihm zu friedlich und zu bequem zu. Es stand bereits fest, daß er einen frischen Zug in das Tal bringen mußte. Nach der letzten Wegbiegung kamen die Fabrikanlagen in Sicht. Pratteler sah eine ganze Versamm-



lung von Schloten und Essen, die alle in voller Tätigkeit waren. Hinter den Eisenwerken stiegen gleich die Wälder auf; sie bestanden fast rein aus Tannen, nur wenige Buchen waren dazwischen geprenzt. Man benutzte die Wasserkraft mit, die der hervorströmende Bach billig anbot, zum Teil für die Beleuchtung, zum Teil für den direkten Betrieb. Als Höflinger mit seinem neuen Haus- und Werkgenossen in die Fabrikhöfe einfuhr, waren sie schon von einem ganzen Schwarm von Radfahrern aufgenommen, aus dem nun Prattelers feuerrote, neue Halsbinde vielfach herausleuchtete. Jemand fragte den Langen, ob er da den Garibaldi gefangen habe. Alle, die es hörten, lachten. Viktor runzelte die Stirn.

Dafür ging er unter Höflingers Augen gar nicht übel ins Zeug, als die Sirene den Arbeitsbeginn signalisierte. Der Lange, der mit Anfängern, auch mit eifrigen, nachgerade Erfahrung hatte, versprach sich sogleich ein gutes Arbeiten mit dem Schweizer Knaben. Somit hatte auch er ein Verhältnis zu ihm gewonnen. Höflinger bediente wie ein Priester das kreisende und wiehernde Gößenbild, das Tag für Tag sein zwei Mann hohes stammendes Angesicht um sich selber schwang. Pratteler stockerte ihm sozusagen die Zähne und wuschte ihm den Mund. Seine Aufgabe war nicht ohne Gefahr. Von drei Mechanikern wurde immer einer verstimmt und manchmal tot vom Platz getragen.

Da der Göze weder Vernunft noch Augen hatte, mußte der Diener doppelt vor ihm auf der Hut sein. Kollwagen kamen auf den Geleisen beladen vor-

gefahren und hielten automatisch. Pratteler handhabte den Kran, der die Eisenblöcke ergriff und dem Gößen vor die Füge legte. Dann kam unten eine Kralle hervor und zog den Block gegen die umlaufende Zahnreihe. Der Block schrie auf wie ein Tier. Hinter der Scheibe fuhr ein Feuerstrudel hervor. Der Göze kreischte und wieherte. Am Ende piff er; wenn er fertig war, läutete er wie eine Glocke. Dann wurden hinten die Teile automatisch weggefahren und die Kralle langte nach der nächsten Arbeit. Um den Gößen führten eiserne Treppen in die Höhe und liefen Geländer herum.

Als Pratteler vor das Ingetüm trat, maß er es mit einem raschen, abgeneigten Blick. Er stützte einen Moment und hatte Unlustgefühle. Darauf ging er entschlossen und mit zusammengebißnen Zähnen darauf los, wie auf einen Feind. Nach einer Stunde kannte er alle seine Geheimnisse. Er merkte nun schon, daß er ein ziemlich einfacher Göze war. Dennoch machten ihm seine gigantischen Maße immer wieder von neuem Eindruck, und er begriff nicht, daß der Lange so gleichmütig mit ihm verkehrte und gestern nicht einmal von ihm gesprochen hatte. Er hatte auch nichts von den Arbeitermengen gesagt, die hier für fremden Vorteil ein fremdes Werk betrieben und unter Transmiffionen und Hochspannungen zwischen reihenweise hingelagerten stählernen Bestien aller Größen und Formen Tag und Nacht ihr Leben riskierten. Auch diese Arbeiter bewegten sich gehalten und gleichgültig. Sie kauerten schweigend hinter ihren Maschinen, trugen ihre Lasten und spuckten dazu aus, und es erregte sie auch nicht, daß die Wertmeister sie bemachten und die Ingenieure ihnen befehlen. Pratteler haßte die Wertmeister, fürchtete die Maschinen mit einer gefährlichen, demotierlustigen Furcht und von den Ingenieuren dachte er, daß sie als die modernen Landvögge Mann für Mann für neue Tellgeschosse reif seien. Sie spielten die Herren, verachteten das Proletariat und betrieben den Vorteil der Kapitalisten, von denen sie dafür bezahlt wurden.

Mittags traten andere Scharen in den Werkhöfen auf: die Frauen und Kinder der Arbeiter brachten das Essen an. Sie warteten in Abteilungen an vorbestimmten Plätzen, bis die Sirene schrie. Dann verließen die Arbeiter schnell ihre Werkstellen und drängten in Rudeln ihren Angehörigen zu, sofern sie nicht ihr Essen schon am Morgen in blauen Doppelgeschirren vorgekocht mitgebracht hatten. Diese eilten nach den Wärmestuben, wo die Mahlzeiten auf Feuerherden aufgewärmt bereitstanden. Solche herdenmäßige Unzüge verdrossen Prattelers eigenwillige Demokratenseele und beleidigten sein gutes Handwerkerherkommen. Er folgte dem Langen widerwillig in den dritten Werkhof, wo Spiele mit dem Essen für die Männer neben ihrem Rad wartete.

Höflinger hatte ihr eine Tragvorrichtung montiert, auf die sie den Korb setzte. So rettete er sich den häuslichen Wohlgeschmack, der den andern beim Aufwärmen verlor. Langung und genoh obendrein die Benutzung, daß für eine Notwendigkeit nur das Minimum von Zeit und Kraft ausgegeben wurde. Bei verstärktem Uebelwetter fuhr den Männer zwar nach Hause, kamen aber dafür um die notwendige Mittagsruhe, die der Lange ohne Umstände gleich nach der geschenehen Mahlzeit in einem Schuppen aufsuchte.

Pratteler blieb zurück und schaute aus unzufriedenen Augen über den Hof, aus dem die Frauen und Kinder langsam wieder abströmten. Spiele, die Schneidersäcker, witterte mit ihrer feinen Nase, daß er nach Mitteilung roch und machte sich noch ein wenig

am Rad zu schaffen. Als es ihr doch zu lang dauerte, sah sie ihn an, um ihm Abideu zu sagen. Da zuckte er die Achseln und sagte, er glaube, er wolle da nur wieder abgehen. Er habe gemeint, hier seien lauter eifrige Proletarier, die das Kapital haßten und für die Freiheit kämpften. Derweil habe man sich alles sehr gut eingerichtet und exerziere am Schnürchen hinaus und hinein, wie es das Kapital wolle. Es sei eben alles Schwindel. Er machte ein schiefes Maul, wenn er mißvergnügt war. Darüber freute sich Spiele wieder. Daneben tröstete sie ihn. Das sei nur bei Tag so. Man müsse eben gelebt haben, und ein magerer Baum sei immer noch besser als gar keiner. Aber er solle doch einmal der Organisation nachfragen. Die Arbeiter wachten erst am Abend auf wie die Fledermäuse. Soviel sie wisse, sei da manchmal ein großes Mücketreiben. Sie nickte ihm lächelnd zu, sekte den Fuß auf das Pedal und fuhr davon.

Viktor sah ihr erstaunt nach. Er bemerkte ihren schwarzen Halsbusch und die schlante Fleckse, die unter dem Rocksaum hervorkam, wenn sie das Pedal niedertrat. Sie trug dünne schwarze Strümpfe, die dem Schweizer jetzt irgendwie auffielen. Ihr bloßer Scheitel glitt behaglich leuchtend durch das Tor in den äußeren Hof. Er dachte daran, daß sie keine Kinder hatte. Auch das fiel ihm jetzt auf und gab ihm zu denken. Warum hatte sie keine Kinder? Es war ein Schwindel wie alles andere. Das ganze Leben war ein Schwindel. Der Lange war auch ein Schwindel. Er blieb seiner Frau die Kinder schuldig und pflegte sich; jetzt lag er im Schuppen und schlief. Viktor verachtete ihn, er verdiente diese Frau nicht, sie war auch viel zu gut für den elenden Betrieb. Daß sie jeden Mittag auf dem Rad mit dem Essen angefahren kam und im Rudel vor der Tür stand, war schon nicht mehr zum Aushalten. Himmel Herrgott, man mußte alle totschlagen, die daran schuld waren, von oben angefangen sämtlichen Thronen und Beinhstützen nach, daß das Volk zu Ehren kam. Aber die Frau des Langen hatte er sich heute irgendwie gemerkt. Sie machte sich über das Zeug lustig, das gab zu denken. Er kam zum Schluss, daß man sich diese kinderlose Gattin näher ansehen müsse. Auf alles andere war gepfiffen. Als er mit dem Sirenenzeichen wieder vor den Gößen trat, trug er seinen Nacken noch einmal so halsstarrig. (Fortsetzung folgt.)

## Anglerlatein.

Das Jägerlatein wird trotz der berühmten Blüten der Phantastie, die es entfaltet, doch noch von dem Anglerlatein übertröffen und schon Maupassant, der diesem Sport seine Studien gewidmet hat, behauptete, niemand könne besser aufschreiben als ein Angler. Die gleiche Beobachtung macht man, wenn man die Erinnerungen des englischen Sportsmanns Major Harding Coy liest, der behauptet, die „größten Lügen“ von Anglern gehört zu haben.

So erzählt er von zwei Engländern, die über ihre erstaunlichen Fischezüge plauderten, als ein Amerikaner hingutamt.

„Sie scheinen ja viel beim Fischen erlebt zu haben“, begann dieser, „aber ich kann Ihnen ein Abenteuer erzählen, das Sie doch in Erstaunen setzen wird. Ich fischte mit meinem Freund Joe R. Sloß da unten im Südoften bei Blue Point. Wir benutzten als Angelleine eine schwere eiserne Kette und einen Anker von zwei Tonnen als Haken. Als wir die Kette 150 Faden heruntergelassen hatten, biß etwas an. Die Kette wurde sofort ganz heruntergerissen und um ein Haar wäre unser Schiff mit in die Tiefe gezogen worden, wenn wir nicht Kette und Anker preisgegeben hätten. Ich möchte nur wissen, was für ein vorhinflutendes Ungeheuer da angebissen hatte.“

„Gewiß war es ein Walfisch“, meinte einer der Engländer.

„Nein, das glaube ich nicht“, sagte der Yankee nachdenklich. „Wir hatten nämlich einen Walfisch als Köder.“



# Aus der Sozialversicherung



## Mitten im Sturm.

Noch einmal ruhig Luft geschöpft,  
nun fest den Mantel zugeknöpft;  
Draußen geht der Sturm.

Trepphinauf — fragendurch — ins Feld,  
wo er frei sein Kraftlied gest,  
der Sturm.

Den Hut ins Gesicht gezogen,  
den Nacken hart vorgebogen!  
Nun wühle, Sturm.

Kein Mensch — alle wie weggewischt.  
Ueber meinen Kopf hin brandet, zischt  
der Sturm.

Doch sieh:  
Ob auch die Windgewalt wütend stürme,  
Wipfel, Gräser, Büsche ineinander pferche,  
Grauwolken überfützend türme:  
winzig trillert eine Lerche  
sturmtroh oben in der Höh!

©.reil Engelle.

## Sport und Soziallasten.

Lassen sich die Soziallasten mindern? Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der Präsident des Reichsausschusses für Leibesübungen in den „Blättern für Volksgesundheit und Volkstraft“ längere Ausführungen, die nachzuweisen suchen, daß eine Minderung der Soziallasten durch eine Besserung des Gesundheitszustandes in der Bevölkerung und diese wiederum durch eine Förderung der Leibesübungen zu erreichen sei. Der Verfasser schreibt zum Schluß:

„Gebt den Turn- und Sportverbänden jährlich nur ein Prozent dieser Riesensumme (Gesundheitsfürsorgereiche Ausgaben der Sozialversicherungs-träger) und sie werden eine Gesundung der deutschen Jugend herbeiführen, die in wenigen Jahren um das Zehn- und Zwanzigfache höher zu veranschlagen ist als diese Aufwendung. Nur dieser Weg wird uns endlich zu einer Verminderung der die deutsche Wirtschaft erdrückenden Soziallasten führen.“

Diese Vorschläge sind auf den ersten Augenblick außerordentlich verlockend, da sie ja in weitgehendstem Maße dem Grundsatz entsprechen, daß Vorbeugen besser und billiger ist als heilen. Nun muß aber folgendes bedacht werden: Zunächst einmal wird ein erheblicher Teil der Soziallasten auch bei einer durchgreifenden Besserung der Volksgesundheit bestehen bleiben, solange die wirtschaftlichen Verhältnisse unverändert sind, vorausgesetzt, daß diese Besserung überhaupt möglich ist. Der Lebensunterhalt der nicht im Produktionsprozeß Beschäftigten muß nach wie vor als Soziallast erscheinen, denn es werden ja bei

weitem nicht alle Arbeitsfähigen beschäftigt. Wirklich zu sparen ist unter den angegebenen Umständen höchstens an den Ausgaben der Krankenpflege (Kosten für Arzt, Arzneien, Heilmittel, Krankenhauspflge usw.). Da im Rahmen der Krankenversicherung diese Kosten etwa zwei Drittel der Gesamtausgaben ausmachen, ist eine Ersparnis hier immerhin von Bedeutung.

Vor allem aber ist zu prüfen, inwieweit auf dem geplanten Wege wirklich eine Verbesserung des Gesundheitszustandes erzielt werden kann. Jedenfalls muß Gewähr geboten werden, daß bei der Verwendung der Mittel der keineswegs gesundheitsfördernde, sondern vielfach gesundheitschädliche Rekordsport, der heute teilweise das Sportleben beherrscht, ausgeschlossen bleibt. Darüber hinaus muß eingehend geprüft werden, welche Arten der Leibesübungen für die einzelnen Berufsgruppen in Frage kommen, wobei auf einen gesunden Ausgleich der einseitigen Berufsbelastung besonderer Wert zu legen ist.

Will man sich von vornherein vor einer Ueberschätzung des auf dem geplanten Wege zu Erreichenden schützen, dann ist auch in diesem Zusammenhang die Frage von Bedeutung, wodurch letztlich die statisch nachgewiesene Zunahme der Erkrankungen verurteilt ist. Nur eine Tatsache steht unbestreitbar fest, und gerade bei dieser ist eine Einwirkung durch gesundheitsfördernde Maßnahmen irgendwelcher Art nicht zu erwarten. Es handelt sich hierbei um die veränderte Altersgruppierung der Bevölkerung. Gerade die erweiterte Sozialpolitik und Sozialhygiene ist ja wohl die Hauptursache für die verringerte Sterblichkeit und die zunehmende durchschnittliche Lebensdauer der Menschen, abgesehen von den Verschleubungen, die noch als Kriegsfolgen zu buchen sind. Der Greis oder der mit irgendeinem Leiden Behaftete, der durch ärztliche Kunst und Fürsorge am Leben erhalten wurde, ist deshalb noch nicht voll leistungsfähig. Jede weitere Verbesserung des Gesundheitszustandes wird auch weiter noch eine Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer mit sich bringen. Wann hier der Höhepunkt erreicht ist, läßt sich noch nicht überblicken. Auch die ärztlichen Autoritäten sind auf diesem Gebiete durchaus verschiedener Ansicht.

Weit weniger geklärt sind die sonst noch für die Zunahme der Erkrankungen maßgebenden Ursachen. Von den Unternehmern, die hierbei von den Ärzten unterstützt werden, wird immer wieder behauptet, die Hauptschuld trage eine zunehmende Verweilung weiter Volkstreife. Bei dem Zuwachs an Erkrankungsfällen handele es sich nämlich keineswegs um schwere, an Haus und Bett fesselnde und zweifellos jede Arbeit verbietende Leiden, sondern um ein an sich häufig auftretendes leichtes Unwohlsein, das eben auf Grund dieser Verweilung dazu führe, die Arbeit zu meiden und die Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen. Der Tatbestand, d. h. das zunehmende Ueberwiegen der leichteren Erkrankungen, dürfte wohl zutreffen. Der Grund dafür, daß

auch diese leichteren Erkrankungen zur Arbeitsunfähigkeit führen, braucht aber keineswegs in einer Verweilung oder Minderung des Arbeitswillens zu liegen. Weit näher liegt es, die Ursache in den gesteigerten Anforderungen der Berufsarbeit zu suchen. Hierbei kommt vor allem die mit der Betriebsmechanisierung und Rationalisierung zunehmende Unabhängigkeit des Arbeitstempes vom einzelnen Arbeiter in Betracht, die eine Schonung im Betriebe unmöglich macht und daher eine teilweise Arbeitsunfähigkeit, wie sie zweifellos bei leichten Erkrankungen gegeben ist, wirtschaftlich in volle Arbeitsunfähigkeit verwandelt. Bezeichnend hierfür ist, daß aus Betrieben gemeldet wurde, nicht die Arbeiter meldeten sich von sich aus krank, sondern sie würden vom Vorgesetzten dazu veranlaßt, da sie, durch irgendwelche leichte Krankheitserscheinungen in ihrer Leistungsfähigkeit gemindert, die Arbeit aufhalten.

Die Erörterung gerade dieser Zusammenhänge ist, abgesehen von ihrer sonstigen Bedeutung, auch im Zusammenhang mit der hier behandelten Frage der Leibesübungen deshalb so wichtig, da vielleicht die Möglichkeit gegeben ist, durch systematische Leibesübungen weniger — was bisher im Mittelpunkt des Interesses gestanden hat — Höchstleistungen zu erzielen, sondern vielmehr die Gleichmäßigkeit der Leistungen beim einzelnen zu fördern, d. h. ihn an die Ueberwindung vorübergehender, in seinem Körperzustand liegenden Hemmungen zu gewöhnen, soweit es nicht überhaupt gelingt, die Ursachen dieser Hemmungen zu beseitigen. Aufgabe der großen Sportverbände dürfte es sein, hier einmal bahnbrechend voranzugehen. Berufen ist hierzu in erster Linie der Arbeitersport, der im Gegensatz zum bürgerlichen „Reichsauschuß“ ohne die Öffentlichkeit mit hochtönenden Vorschlägen zu beschäftigen, schon heute dem Grundsatz folgt: „Nicht Rekord — sondern Massensport.“ Wenn dann nachgewiesen werden kann, daß auf breiter Grundlage wirkliche Erfolge, d. h. eine ins Gewicht fallende Verminderung der Arbeitsunfähigkeitsfälle und Arbeitsunfähigkeitstage zu erzielen sind, dann wird die Sozialversicherung, vor allem die Krankenversicherung, sicher bereit sein, auch den finanziellen Wünschen der Sportverbände entgegenzukommen.

## Die deutsche Sozialversicherung im französischen Licht.

Nicht zuletzt unter der Einwirkung des Internationalen Arbeitsamtes kommen die europäischen Staaten zur Einführung bzw. zur Vervollständigung ihrer Sozialversicherungsgesetze. Dabei dient die deutsche Sozialversicherung als Muster. Auch Frankreich geht dazu über, seine soziale Fürsorge zu verbessern. Hierbei kommt diesem Lande zugute, daß in den Provinzen Elsaß und Lothringen die Sozialversicherung nach deutschem Muster seit 40 Jahren in Kraft ist. Wie die französische Kammer die Erfahrungen in Deutschland bzw. in Elsaß-Lothringen beurteilt, zeigt treffend ein Bericht, den die schwerindustrielle „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 16. März gibt. Der Berichterstatter der Senatskommission führte danach in einer Rede u. a. folgendes aus:

... Nach Ansicht medizinischer Fachmänner ist der Rückgang der Sterblichkeitsziffer in Deutschland seit der Einführung der Sozialversicherungen weniger auf die bessere ärztliche Fürsorge für die Erkrankten, als vielmehr auf die durch die Krankenversicherung möglich gewordenen großzügigen Vorkehrungsmaßnahmen zurückzuführen — besonders in Fällen, wo Lungen tuberkulose vorliegt. Vor Einführung der Sozialversicherung in Deutschland betrug die allgemeine Sterblichkeit, ohne Berücksichtigung des Alters, 26 auf 1000 Einwohner, im Jahre 1928 dagegen nur 12, was einem Rückgang von 47 Proz. gleichkommt. In derselben Periode ging die Sterblichkeit in Frankreich um 23,2 Proz. zurück. Was speziell die Fälle von Lungen tuberkulose betrifft, so verminderte sich die Sterblichkeit in Deutschland in den Jahren von 1913 bis 1926 um 31,2 Proz., während Frankreich nur den geringen Rückgang von 6,12 Proz. zu verzeichnen hat."

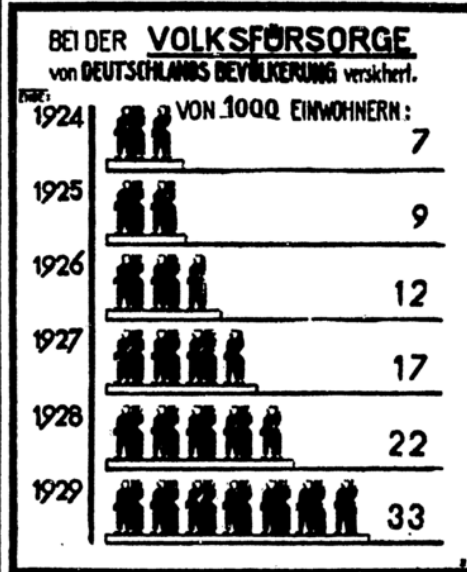
Der Redner ging dann im besonderen auf Elsaß und Lothringen ein, wo wie in Deutschland die Sozialversicherungen eingeführt wurden und noch heute unter französischer Herrschaft bestehen. Die allgemeine Sterblichkeit in Elsaß-Lothringen beträgt 11,5 Proz. gegen 16,5 Proz. in Frankreich. Sie ist seit der Einführung der Sozialversicherungen um 35,3 Proz. gefallen, während sie in Frankreich in derselben Periode um 23,2 Proz. herunterging. Für die Tuberkulose im besonderen ist der Unterschied noch größer. Elsaß und Lothringen verzeichneten von 1913 bis 1926 einen Rückgang von 19,7 Proz. gegen 6,12 Proz. in Frankreich. In Frankreich hätten demnach durch Einführung der Versicherungen 20 000 Menschenleben gerettet werden können. Der Vortragende fuhr wörtlich fort:

„Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß sich der Gesundheitszustand in Elsaß und Lothringen seit 1889, also seit Einführung der sozialen Versicherungen, bedeutend gebessert hat. Durch die Kassen ist die Krankenpflege organisiert und ein schöner Fortschritt erzielt worden. Ich weiß wohl, daß manche Nationen, so die Vereinigten Staaten, ebenfalls Fortschritte in der Volksgesundheit zu verzeichnen haben ohne die Hilfe von Versicherungen oder doch von obligatorischen Sozialversicherungen. Es ist offensichtlich, daß die Sozialversicherung nicht das einzige Mittel und nicht die einzige Formel für eine zunehmende Verbesserung der Volksgesundheit ist. Auf jeden Fall hat die soziale Versicherung eins für sich: Die Erfahrung und Praxis zweier großer Nachbarstaaten. Fast ganz Europa hat die Sozialversicherungen gegenwärtig eingeführt... In Anbetracht der immer mehr zurückgehenden Geburtenziffern, des Fehlens an einheimischen Arbeitsträften, die durch Millionen fremder Arbeiter ersetzt werden müssen, ist es für Frankreich von ungeheurer Wichtigkeit, ein Mittel zu haben, durch das Tausende von Menschenleben erhalten werden können.“

Das der Schwerindustrie nahestehende Blatt fügt dem Bericht hinzu: „Ein glänzenderes Zeugnis für den Wert der deutschen Verwaltung und den zivilisatorischen Fortschritt in Elsaß und Lothringen unter deutscher Führung kann man aus französischem Munde nicht erwarten.“ Dazu bemerkt die Zeitschrift „Deutsche Krankenkasse“ mit Recht: „Soweit sehr schön und gut. Aber wie wird uns doch! Hat nicht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in dem Konzert der Kritiker der deutschen Sozialversicherung einmal die Bastrompete geblasen? Sind nicht heftige Angriffe gerade aus den Kreisen um die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gegen die deutschen Krankenkassen gerichtet worden? Wir finden es recht beschämend, daß erst die Franzosen das Blatt darüber belehren müssen, was wir an unserer Sozialversicherung haben.“

## Die Volksfürsorge.

Der Aufstieg der Volksfürsorge, Versicherungsgesellschaft der freien Gewerkschaften und deutschen Konjunktionsgesellschaften, ist unverkennbar. Waren Ende des Jahres 1924 von 1000 Einwohnern des Deutschen Reiches nur 7 bei der Volksfürsorge versichert, dann ergab sich Ende des Jahres 1929 mit 33 von 1000



Einwohnern schon ein wesentlich besseres Bild. Kein anderes Versicherungsunternehmen in Deutschland kann eine derartige Entwicklung aufweisen.

### Prämienfreie Versicherung, Rückkauf.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Gesellschaften, die bedingungsgemäß die Möglichkeit der Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung erst nach Jahren vorsehen, läßt die Volksfürsorge die Umwandlungen von Volksversicherungen in prämienfreie Versicherungen bereits im ersten Versicherungsjahre zu. Die Versicherungssumme dieser prämienfreien Police bemißt sich nach den von dem Versicherungsnehmer eingezahlten Prämien, sie kommt unter den gleichen Voraussetzungen zur Auszahlung, wie bei der ursprünglich beantragten Versicherungssumme vereinbart. (Vgl. § 6 der Volksversicherungsbedingungen.)

Auch in der Lebensversicherung sind die Bedingungen der Volksfürsorge zur Vermeidung eines vorzeitigen Verfalls einer Versicherung günstiger als bei den anderen Gesellschaften. Die Umwandlung wird überhaupt nicht von dem Ablauf einer bestimmten Frist abhängig gemacht, sondern von einer Prämienleistung, die in der Regel schon im zweiten Versicherungsjahr erfüllt ist (Vgl. § 4 der Lebensversicherungsbedingungen.)

In der gleichen vorteilhaften Weise unterscheiden sich auch die Bestimmungen über das Kündigungsrecht des Versicherungsnehmers bei der Volksfürsorge und den anderen Gesellschaften. Bei einer solchen einseitigen Aufhebung des Vertrags läßt sich allerdings ein mehr oder minder erheblicher Verlust für den Versicherten nicht vermeiden, da die Gesellschaft selbstverständlich nicht die in den Tarifprämien enthaltenen und bei Stellung des Antrags auf Rückkauf verbrauchten Aufschläge für Verwaltungskosten sowie die Risikoanteile zurückgewähren kann. Während jedoch

bei den anderen Gesellschaften ein Rückkaufsrecht erst nach dreijährigem Bestehen der Versicherung geltend gemacht werden kann, ist der Versicherungsnehmer bei der Volksfürsorge — soweit die Volksversicherung in Betracht kommt — berechtigt, schon zum Schluß des ersten Versicherungsjahres zu kündigen. Die Kündigung einer Lebensversicherung ist zum Schluß eines jeden Quartals zulässig.

Es muß jedoch mit Rücksicht auf die oben begründeten unvermeidbaren Verluste vor einem Rückkauf nachdrücklichst gewarnt werden.

## Der Erfüllungsort in der Krankenversicherung.

Nach der allgemeinen Rechtsauffassung gilt in der reichsgesetzlichen Krankenversicherung der Beschäftigungsort des Versicherten als Erfüllungsort. Daneben gibt weiter als Erfüllungsort der Wohnsitz des Versicherten (der Ort, wo seine Familie ansässig ist). Neben dieser Rechtsgrundlage besteht noch eine weitere, in der es heißt, daß die Kasse einem Versicherten, der während des Leistungsbezuges oder seiner Erkrankung den Kassenbezirk ohne Genehmigung der Kasse verläßt, die weitere Gewährung von Krankenpflege sperren kann. Unter Krankenpflege versteht man freie ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei usw.

Dieses Recht, die Krankenpflege bei einer unerlaubten Entfernung aus dem Kassenbezirk zu sperren, ist in den meisten Satzungen oder Krankenordnungen festgelegt. Auch die Rechtsprechung schließt sich dieser Auffassung an. So hat das Reichsversicherungsamt entschieden: „Verläßt der Versicherte während der Erkrankung den Kassenbezirk ohne ausdrückliche Genehmigung der Kasse, so verliert er den Anspruch auf Krankenpflege.“ Andere Entscheidungen besagen weiter, daß diese Genehmigung der Kasse in jedem einzelnen Falle eingeholt werden muß, sie kann nicht durch eine Erlaubnis des behandelnden Arztes ersetzt werden.

Diese Rechtsauffassung wird in der Praxis auch häufig angewendet. Es gibt Kassen, die in jedem einzelnen Falle von dieser Macht Gebrauch machen. Daß dabei Härten entstehen, ist leicht verständlich. So sind Fälle wie der folgende nicht selten: Ein junger Mann ist auswärtig in Stellung. Er erkrankt und da er in seiner Schlafstube nicht die nötige Pflege hat, fährt er nach Hause zu seinen Eltern, um sich dort von seiner Mutter pflegen zu lassen. Die Kasse sperrt ihm jedoch Arzt und Apotheke, da er ohne ihre Erlaubnis den Kassenbezirk verlassen hat. Für die menschlichste Sache der Welt wird also der Erkrankte durch einen teilweisen Entzug der Leistungen bestraft. Derartige Fälle kommen nicht vereinzelt vor, sie ereignen sich täglich mehrmals. Um so erfreulicher ist es, daß endlich das Reichsversicherungsamt diese Stellungnahme vieler Kassen mißbilligt. In einer Entscheidung vom 24. November 1928 hat es ausgeführt:

„Ein erkrankter Versicherter kann die Gewährung der Krankenpflege am Wohnort seiner Eltern verlangen, wenn dieser nach den Umständen des Einzelfalles, insbesondere im Hinblick auf die geringe Entfernung vom Wohnort des Versicherten und im Hinblick auf angemessene Pflege und Wartung, als der natürliche Aufenthaltsort anzusehen ist.“

Diese Entscheidung ist für alle Versicherten von der größten Wichtigkeit. Sie nimmt den Kassen zum Teil das Recht, von der Leistungssperre Gebrauch zu machen. Der Versicherte kann auf Grund derselben verlangen, daß ihm auch am Wohnort seiner Eltern, bei denen er für die Zeit der Krankheit Zuflucht gesucht hat, die vollen Kassenleistungen gewährt werden. kl—6.

## Gelesene Nummern

der »Buchbinder-Zeitung«  
gibt man an seine un-  
organisierten Kollegen weiter

## Das ungesunde Verhältnis zwischen Produktions- und Konsumkapital.

Die öffentlichen Erörterungen sind angefüllt von Klagen über den herrschenden Kapitalmangel. In erster Linie wird dabei an die Produktionsmittel gedacht. Ausweitung der Erzeugung ist die Parole. Doch ein flüchtiger Blick auf die krisenhaften Zustände lehrt, daß der Mangel an Absatzmöglichkeiten die Hauptursache aller Wirtschaftsförderungen ist. An die Finanzierung erweiterter Konsummöglichkeiten wird sehr wenig gedacht. Und doch wäre dies nicht nur wesentlich wichtiger, sondern auch wirtschaftlicher. In der „Wirtschafts- und Exportzeitung“ Nr. 2 lesen wir hierzu in einem Artikel „Depression oder Systemfehler?“ u. a.:

„Nicht erst aus der Zeit nach dem Kriege stammen die Kapitalbewegungen, die — ohne auf das Grundgesetz aller Kapitalwirtschaft Rücksicht zu nehmen, das eine ausgeglichene Verteilung auf der Produktions- und Konsumtionsseite verlangt — zu einer zu starken Konzentration des Kapitals führten. Und das ist der Grundfehler unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems: Die Relation zwischen Produktions- und Konsumtionskapital ist empfindlich gestört, nicht etwa zugunsten der einen oder anderen Seite, sondern zuungunsten beider. Am klarsten wird das an den Abwehrmaßnahmen der Wirtschaft selbst, die sich einerseits in Preisartikeln, Restriktionen, Stilllegungen, Rationalisierungsbestrebungen und unter anderen Formen äußern, andererseits in den verschiedenen Methoden der Absatzfinanzierung und all den Bestrebungen, die darauf hinausgehen, dem Konsum wieder auf die Beine zu helfen. Es muß aber, so unangenehm dies auch sein mag, unbedingt klar ausgesprochen werden, daß all diese Maßnahmen nicht in der Lage sind, die gestörten Relationen wieder herzustellen oder gar zu erlösen. Denn diese Abwehrmethoden der Wirtschaft sind nichts als Krücken, die wohl über eine normale Depression hinweghelfen, nicht aber Heilmittel sind, die einen kranken Wirtschaftskörper gesund machen können.“

Nur eine entschlossene Umkehr kann das Verfallene nachholen. Zur Stärkung der Konsumseite der Wirtschaft gehören jedoch hohe Realöhne. Nur diese vermeiden den Ueberfluß an Waren und verbürgen eine weitgehende Stabilität der Wirtschaft. ××

## Internationales.

### Tschechoslowakel.

Am 20. und 21. April fand in Reichenberg der 5. Verbandstag der „Graphischen Union“ statt. Der Geschäftsbericht, der dem Verbandstag im Druck vorlag, wurde durch den Verbandsobmann Kollege Wanick eingehend ergänzt. In ihm werden die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und organisatorischen Verhältnisse im umfassenden Maße aufgezeigt.

Während in den letzten Jahren der Geschäftsgang ein relativ günstiger war, hat nunmehr auch im Gebiet der „Graphischen Union“ eine scharfe Wirtschaftskrise eingesetzt, so daß gegenwärtig etwa 10 Proz. der Verbandsmitglieder von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen werden. Der Mitgliederbestand stieg in der Berichtsperiode, die die Zeit vom Oktober 1926 bis Ende des Jahres 1929 umfaßt, von 1414 auf 2065. Das ist eine Zunahme von 651 = 46 Proz. Die Zahl der Kollegen beträgt 1033, also genau die Hälfte des Mit-

gliederstandes. Von den vorhandenen Mitgliedern sind 373 in Steindruckereien, 906 in Buchbinder- und Kartonnagenfabriken, 183 in Buchdruckereien und 239 in diversen Branchen tätig.

Die finanzielle Entwicklung der Organisation war gleichfalls eine sehr befriedigende, sie gibt ihr einen starken Rückhalt. In lohnpolitischer Beziehung konnte eine Reihe von Erfolgen erzielt werden. Es gelang, einen Kollektivvertrag abzuschließen, bei dem die erzielten tariflichen Mindestlohnsätze eine wesentliche Erhöhung erfuhren. Zu beklagen ist, daß es nicht gelang, mit den Prager Verbänden zusammen einen einheitlichen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen. Der Arbeiterschaft der graphischen Industrie wäre dadurch besser gedient gewesen als durch je einen gesonderten Abschluß, denn der Prager Tarifvertrag sieht niedrigere Lohnsätze vor, als der von der „Graphischen Union“ abgeschlossene. Leider umfaßt der Kollektivvertrag nicht alle in Betracht kommenden Betriebe, so daß noch für die Organisation viel zu tun übrig bleibt, um dem Tarifvertrag allgemein Geltung zu verschaffen.

## Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

**Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindenden Söhne gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes**

Gemessen an den Löhnen in Deutschland und Oesterreich läßt die Entlohnung unserer tschechoslowakischen Kollegen noch sehr viel zu wünschen übrig. Ein straffes Zusammenwirken der graphischen Organisationen in der ganzen Tschechoslowakei ist das erste Erfordernis, um in tariflicher und lohnpolitischer Beziehung endlich eine Besserung herbeizuführen. So wie die beiden sozialdemokratischen Parteien in den gesetzgebenden Körperschaften des Staates und auch die gemeinsamen Landeszentralen der freien Gewerkschaften in einer ganzen Reihe von Fragen für die Arbeiterschaft eine nutzbringende Tätigkeit zu entfalten vermochten, so müssen auch die einzelnen Berufsorganisationen und insbesondere unsere Freunde in der Tschechoslowakei alles Trennende beiseite setzen, um den Berufsangehörigen in erhöhtem Maße in der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu dienen. Auf dem Verbandstag kam zum Ausdruck, daß alles versucht werden soll, um die noch vorhandenen Gegensätze zu überbrücken und ein gedeihliches Zusammenarbeiten zu ermöglichen.

Die Unterstützung der Arbeitslosen belastete die Organisation insoweit sehr stark, als sie gehalten ist, den Staatszuschuß mit zur Auszahlung zu bringen. Der Staat zahlt nämlich an die Arbeitslosen eine Unterstützung, die gleich hoch ist, wie die von der Gewerkschaft gezahlte. Nur bei Verheirateten oder über 5 Jahre der Organisation angehörenden Mitgliedern ist der Staatszuschuß um 50 Proz. höher. Im Höchstfalle beträgt er jedoch 12 Kronen\*) täglich. Die von der Gewerkschaft und vom Staat gezahlte Unterstützung darf im Höchstfalle zwei Drittel des zuletzt bezogenen Lohnes betragen. Sie wird auf 13 Wochen gewährt. Es ist jedoch zu erwarten, daß der staatliche Zuschuß auf die Arbeitslosenunterstützung auf 26 Wochen verlängert wird. Diese Verlänge-

\*) Eine Krone = 12,5 Pf.

rung würde für die Organisation eine weitere Belastung insoweit in sich schließen, als sie, wie bereits bemerkt, die staatlichen Zuschüsse verauslagen muß und auf die Rückerstattung sehr lange zu warten hat. Die gewährte Vergütung für die von der Organisation für den Staat zu leistende Arbeit wiegt die entstehenden Unkosten nicht auf.

Die beantragte Beitragserhöhung wurde vom Verbandstag akzeptiert und betragen nunmehr die Beiträge ab 1. Juni 1930 in Klasse I 1,60 Kr., in Klasse II 2,60 Kr., Klasse III 3,80 Kr., Klasse IV 4,90 Kr., Klasse IVa 6,90 Kr., Klasse V 9,50 Kr. und Klasse VI 15,50 Kr. Im Unterstützungswesen wurden nur geringfügige Änderungen vorgenommen. Die Delegierten waren sich bewußt, daß der Kampfcharakter des Verbandes in erster Linie erhalten bleiben mußte. Diese Beschlüsse, die trotz der Wirtschaftskrise und der mit ihr verbundenen Arbeitslosigkeit fast einstimmig gefaßt wurden, zeugen von hoher Einsicht der Organisationsvertreter.

Beantragt beim Verbandstag war, eine Kasse für Pensionszuschüsse an alte Kollegen zu errichten. Ueber diese Anträge hörte der Verbandstag einen Bericht an und überwies im übrigen diese Frage der Organisationsleitung zur weiteren Behandlung. Weiter hörte der Verbandstag ein Referat des Abgeordneten Schäfer über „Die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften“. Dieses gewährte einen umfassenden Ueberblick über die sozialpolitischen Gesetze des Staates. Es zeigte, daß nach der Seite hin die Tschechoslowakei gegenüber Deutschland einem Vergleich nicht standzuhalten vermag. Der Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei bleibt also in dieser Beziehung ebenfalls noch sehr viel zu tun übrig, um den Opfern der modernen Wirtschaftsmethode gerecht zu werden.

Zum Verbandsobmann wurde Kollege Leopold Wanick wiedergewählt. Auch die übrigen Wahlen vollzogen sich verhältnismäßig reibungslos.

Der Verbandstag setzte sich zusammen neben dem engeren und erweiterten Vorstand der „Graphischen Union“ aus 32 stimmberechtigten Delegierten, die 43 Ortsgruppen vertraten. Als Gäste waren anwesend von unserem Verband der Kollege Hauelsen. Vom österreichischen Verband die Kollegen Grünfeld und Birkbauer und vom österreichischen Senefelder Bund (Steindruckerei und Lithographen) Kollege W. Grünwald. Der Sekretär der Buchbinder-Internationale hatte ein Begrüßungstelegramm gesandt. Den deutschen Gewerkschaftsbund und der Tschechoslowakei vortrat der Abgeordnete Genosse Anton Schäfer.

Die an den beiden Osterfeiertagen von den Vertretern der „Graphischen Union“ geleistete Arbeit verdient volle Anerkennung. Die Organisation hat ihre gewerkschaftlichen Waffen für die Kämpfe der nächsten Jahre geprüft und erneut geschärft. Wenn die einzelnen Mitglieder mit dem gleichen Eifer und derselben Zähigkeit am weiteren Ausbau ihrer Organisation arbeiten, wie es in der zurückliegenden Periode der Fall war, dann leisten sie der gesamten Arbeiterschaft der Tschechoslowakei einen guten Dienst. Sie tragen aber auch weiter dazu bei, daß im internationalen Maßstab gesehen, eine Stärkung und Festigung der Kräfte der gewerkschaftlichen organisierten Arbeiterschaft stattfindet. h.

## Berichte.

**Dresden.** Der Besuch unserer am 22. April stattgefundenen Quartalsversammlung war im Gegensatz zur vorherigen Funktionärversammlung nicht zufriedenstellend. Um so mehr wurde der durch Kollegen Scheibe gegebenen Berichterstattung über die stattgefundenen Tarifverhandlungen Interesse entgegengebracht. Die von Scheibe vorangestellten bemerkenswerten Betrachtungen über die gegenwärtige allgemeine Wirtschaftslage, über die Konzentrierungen innerhalb der verschiedensten Industrien, insbesondere auch der zum großen Teil in Dresden lebhaften Zigarettenindustrie und die damit verbundenen

## Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 19. Wochenbeitrag für 1930 fällig. Nach § 6 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achtet auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

Auswirkungen auf die Arbeiterschaft, gaben ein anschauliches Bild von der Machtfstellung des Kapitals. Trotzdem das gesamte zusammengefaßte Kapital nur auf Profitmachen eingestellt ist, kann die Tatsache der Kapitalknappheit nicht abgegriffen werden. Die deutsche Wirtschaft und deren nun schon so lange anhaltender Tiefstand, wesentlich durch die geschwächte Kaufkraft verursacht, würde unter Zuhilfenahme ausländischer Anleihen eine anregende Belebung erfahren. Im Vergleich zu anderen Unternehmungen macht sich in unserem Berufe eine Konzentrierung weniger bemerkbar, obwohl sich auch schon Interessengemeinschaften für Großbetriebe in den Großstädten gebildet haben.

Nach kurzer Stizzierung der Manteltarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe, wo wesentliche Verbesserungen idealer Natur erreicht wurden, sich aber noch zu große Widerstände der Vertüzung der Arbeitszeit entgegenstellten, berichtete Kollege Scheibe von den Abschlüssen unserer Tarife für Buchdruckereibuchbinder und W.B.-Betriebe. Betreffs der Ergebnisse konnte er auf die Berichte in unserer „Buchbinder-Zeitung“ hinweisen. Auch am Neuaufschluß des örtlichen, bezüglich der Löhne immer an der Spitze marschierenden und einstmals für einen großen Teil unserer Kollegenchaft verbindlichen Zigarettenarifs waren unsere Vertreter beteiligt. Nur einzelne Sparten können in eine höhere Lohnstufe aufrücken, im übrigen mußte die Verlängerung des Tarifes ohne Abänderung auf zehn Monate in Kauf genommen werden. Nach den Steuer- und Zollmaßnahmen der Regierung ist eine Teuerungswelle zu erwarten. Die Propaganda der freien Gewerkschaften und auch unserer Kollegenchaft am Orte hat dafür einzustehen, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft nicht weiter sinkt.

In der Aussprache wurde vor allem die Beleuchtung der Wirtschaftslage in der großzügig wiedergegebenen Weise anerkannt. Gegen Auslandsanleihen für Industrien wurden begründete Bedenken vorgebracht, auch möchte nach Möglichkeit bei Verlegung von Konjunktionsgesellschaftsbetrieben in andere Bezirke Sachen berücksichtigt werden. Als eine der wichtigsten Forderungen wurde die Vertüzung der Arbeitszeit angelehnt, für die jeder bei passender Gelegenheit rege Propaganda betreiben müsse. Ein oppositionell eingestellter Kollege bezeichnete die Steuerschraube der vorigen Koalitionsregierung im Vergleich mit dem Steuerprogramm der jetzigen Regierung als eben so einschneidende Belastung für die Massen. Er beschäftigte sich mit der Verschärfung der Zündholzindustrie und betonte, daß beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund kein Interesse für Arbeitszeitverkürzung vorhanden sei. Nachdem vom Kollegen Mitschke auf einen Beschluß der Ortsverwaltung hingewiesen worden war, daß für die nächste Versammlung ein wirtschaftlicher Vortrag vorgesehen sei, konnte Kollege Scheibe auf die aufgeworfenen Bedenken gegen Auslandsanleihen mit Betrachtungen vom internationalen Standpunkt aus, wie sie von der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften vertreten werden, erwidern. Unter Hinweis auf die von der Kommunistischen Partei betriebene Ostpolitik, von der aus die Unternehmer Vorteile ziehen, waren auch die vom oppositionellen Kollegen Brömme gemachten Behauptungen widerlegt.

Anschließend behandelte Kollege Mitschke den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Warum erfolgte eine neue Beitragsverhöhung?“ Galt es doch, den Beschluß der Funktionäre von der Mitgliederversammlung bestätigen zu lassen. Seine Ausführungen nahmen auf die Verhältnisse am Orte Bezug und endeten mit dem Appell an die Solidarität der Mitglieder. Eine entgegenstehende Meinung war in der Aussprache nicht festzustellen. Kollege Büchel machte Vorschläge, im Verband eine Versicherung einzuführen, wonach sich jeder selbst beizahlen für etwa eintretende Arbeitslosigkeit versichern könne. Dem wurde mit dem Hinweis auf die Selbsthilfeeinrichtung der Gewerkschaft widerprochen, im übrigen auf die Verpflichtung des Staates hingewiesen.

Unter „Gewerkschaftliches“ war der Tätigkeits- und Kasfenbericht des vergangenen Quartals entgegenzunehmen. Beide Berichte lagen gedruckt vor und brauchten deshalb nicht ausführlich behandelt zu werden. Kollege Kofel machte mit Rücksicht auf die gesteigerten Ausgaben für Unterfertigungen wichtige Ergänzungen zum Kasfenbericht. Zum Schluß der Versammlung wurde noch auf die Bedeutung des 1. Mai aufmerksam gemacht und für zahlreiche Beteiligungen und Demonstrationen appelliert.

Neustadt a. d. S. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Zahlstelle Neustadt a. d. S. veranstaltete diese am 26. April eine kleine Feier, zu der fast alle Kollegen mit Angehörigen erschienen waren. Außer dem Gauvorsitzenden, Kollegen Meß-Frankfurt, waren der Einladung auch einige Kollegen der Zahlstellen Ludwigshafen und Grünstadt, Mitglieder des Verbandes der Buchdrucker, sowie Kolleginnen des Graph. Hilfsarbeiterverbandes gefolgt. Nach einigen Musikstücken und der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Kollegen Münch, hielt Kollege Meß eine kurze, sinnige Festrede, in der er den Werdegang der Zahlstelle von der Gründung bis heute schilderte, wobei er ganz mit Recht betonte, daß manche Schwierigkeiten zu überwinden waren. Dem Kollegen Münch dankte er den Dank für seine Arbeit ab und schloß mit dem Wunsche, daß die Kollegen auch weiterhin dem Verband die Treue halten mögen zum eigenen Nutzen. Grüße überbrachten Kollege Müller von der Zahlstelle Grünstadt, der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, Kollege Birgman. Die Buchdrucker waren mit ihrer Gesangsabteilung erschienen und trugen mit einigen gut zum Vortrag gebrachten Liedern, sowie einigen humoristischen Darbietungen zur Verschönerung der Feier bei. Recht angenehme Ueberraschung brachte das Töchterchen des Kollegen Hofmann mit einer Reihe pfälzischer Mundartdichtungen. Die Teilnehmer fanden keine Langeweile, denn der Tag graute schon, als man sich — ungen — trennte. Es waren wieder schöne Stunden, die verlebte wurden und zur Förderung der Kollegialität beitrugen. Allen sei an dieser Stelle nochmals der beste Dank ausgesprochen.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Die monatlichen Berichtarten zur Ermittlung des Mitgliederstandes und Zählung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter nebst den Berichtarten über den Beschäftigungsgrad in den Betrieben sind allen Gau- und Ortsverwaltungen am 26. April zugefandt worden. Der Stichtag für die Zusammenstellung der Berichte war der 26. April. Demzufolge müssen die Karten spätestens am 1. Mai im Besitze des Vorstandes sein. Wir ersuchen alle Verwaltungen, die die Berichtarten beim Lesen dieser Bekanntmachung noch nicht abgefandt haben, dies sofort zu tun, sonst müssen wir käumige Verwaltungen wieder öffentlich mahnen.

## Sterbefafel.

Im Monat April sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:

Altenburg: Karl Linjenbarth, Buchbinder, 73 Jahre, Arterienverfaltung.  
 Achersleben: Paul Blankenhagen, Buchbinder, 56 Jahre, Herzschlag.  
 Berlin: Friedrich Vohberg, 50 Jahre, Buchbinder, Krebs.  
 — Louis Lemlein, Buchbinder, 66 Jahre, Infall.  
 — Luise Rindt, Auguspapierarbeiterin, 57 Jahre, Krebs.  
 — Marie Hoffmann, Buchbindereiarbeiterin, 32 Jahre, Lungentuberkulose.  
 — Rudolf Voigt, Buchbinder, 68 Jahre, Herzschlag.

Berlin: Marie Klaffert, Buchbindereiarbeiterin, 36 Jahre, Lungenseiden.  
 — Hans Hagendorf, Buchbinder, 67 Jahre, Herzschlag.  
 — Marie Rüb, Buchbindereiarbeiterin, 51 Jahre, Herzschlag.  
 Frankfurt a. M.: Wilhelm Beutert, Buchbinder, 61 Jahre, Schlaganfall.  
 Frankfurt a. d. O.: Marie Gottschau, Papierwarenarbeiterin, 47 Jahre, Lungenseiden.  
 Plauen: Emil Vogel, Buchbinder, 64 Jahre, Herzschlag.  
 Wesel: Wilhelm Doppermann, Buchbinder, 53 Jahre, Bauchfellentzündung.

Allen ein ehrendes Andenken!

## Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht versäumt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

## Abrechnungen

vom ersten Quartal 1930 gingen weiter bis zum 29. April bei der Verbandsstaffe ein von:

Berlin 15 202,40 M., Kollbus —, M., Potsdam-Rowawes 566,20 M., = Gau Schlesien (ganzer Gau) 2000,— M., Brandenburg —, M., Halberstadt 100,— M., = Gau Hannover 2000,— M., Bielefeld 2700,— M., Braunschweig 1615,95 M., Hannover 2500,— M., Kassel —, M., = Gau Rheinland-Westfalen —, M., Düsseldorf 1365,40 M., Hagen 618,90 M., Köln 2000 M., Solingen-Wald —, M., = Gau Hessen und Pfalz —, M., Frankfurt a. M.-Offenbach 2600,— M., = Gau Thüringen 2500,— M., Mühlhausen 114,75 M., = Gau Sachsen 2602,85 M., Chemnitz 106,15 M., Dresden 225,25 M., Plauen 1100,— M., Rastbau —, M., = Heilbronn 2000 M., Karlsruhe 182,40 M., Konstanz 300,30 M., Trossingen 230,— M., = Gau Nordbayern 90,35 M., Nürnberg-Fürth 950,95 M., Schweinfurt 54,— M., Würzburg 900,— M., = Gau Südbayern 750,— M., Augsburg 60,— M., München 2251,20 M.

Der Verbandsvorstand.

## Inhaltsverzeichnis.

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

Stuttgarter Fachschulwünsche.

Saffianlederherstellung im 18. Jahrhundert.

Der Bruch der Großen Koalition. II.

Zur Unterhaltung: Der eiserne Götze. II. — Anglerlatein.

Aus der Sozialversicherung: Mitten im Sturm (Gedicht). — Sport und Soziallasten. — Die deutsche Sozialversicherung im französischen Licht. — Die „Volksfürsorge“. — Der Erfüllungsort in der Krankenversicherung.

Das angehende Verhältnis zwischen Produktions- und Konsumkapital.

Internationales: Tschekoslowakei.

Berichte: Dresden. — Neustadt a. d. S.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Arbeitslosenstatistik. — Abrechnungen.

Sterbefafel.